

Stand: 20.04.2026 06:32:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18715

"Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit I - Handlungsübergreifende Maßnahmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18715 vom 29.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19846 des SO vom 02.12.2021
3. Beschluss des Plenums 18/21118 vom 15.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 15.02.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit I – Handlungsübergreifende Maßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) zu beschließen.

Der Landesaktionsplan beinhaltet folgende handlungsübergreifende Maßnahmen:

1. Gründung eines „Netzwerks für Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe“ mit den für einzelne Diskriminierungsmerkmale fachlich zuständigen staatlichen Stellen
2. Durchführung von jährlichen Vernetzungs- und Austauschtreffen für die in Bayern im Bereich Antidiskriminierung aktiven Akteurinnen und Akteure
3. Errichtung einer „Task-Force diskriminierungsfreies Bayern“ als Kabinettsausschuss zur Koordination und zum Innovationsaustausch im Bereich Antidiskriminierung
4. Erstellung eines Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure nach dem Vorbild des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
5. Erstellung eines aktualisierten Ratgebers mit einer „Landkarte“ zu Beratungsangeboten im Bereich Diskriminierung für Bayern
6. Informationskampagne zur Bayerischen Landesantidiskriminierungsstelle (LADS)
7. Übergreifende, statistische Erfassung aller Beratungsanfragen zu Diskriminierungsfällen in Bayern
8. Beauftragung der Durchführung einer bayerischen „Mitte-Studie“ zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die hierdurch anfallenden Kosten im Entwurf des nächsten Haushaltplans zu berücksichtigen.

Begründung:

Es gibt einige staatliche Stellen in Bayern, die für die Durchsetzung von Gleichstellung verantwortlich sind (z. B. Leitstelle für die Gleichstellung von Männern und Frauen, der Bayerische Behindertenbeauftragte oder die Integrationsbeauftragte). Die Etablierung eines Netzwerks soll die Möglichkeit für Austausch und Synergieeffekte zwischen diesen Stellen schaffen.

In Bayern gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Betroffenenvertretungen, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung einsetzen. Ziel des Vorschlags ist es, den gegenseitigen Fachaustausch zu institutionalisieren, um den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu fördern und politische Maßnahmen bedarfsgerecht gestalten zu können. Gleichzeitig soll den unterschiedlichen Organisationen eine zugängliche Austausch- und Kooperationsplattform geboten werden.

Der Einsatz gegen GMF und die Förderung demokratischer Überzeugungen ist eine Querschnittsaufgabe. Daher muss die politische Arbeit in diesem Zusammenhang ressortübergreifend stattfinden. Die Ministerien sind die obersten Landesbehörden, sie bilden damit den Ausgangspunkt für strukturelle Veränderungen in allen anderen weisungsabhängigen öffentlichen Stellen. Die Mitglieder der Staatsregierung sollen in einem Kabinettsausschuss zum Thema „Task-Force diskriminierungsfreies Bayern“ beraten und für jedes Ressort einen Handlungsplan erstellen, der Antidiskriminierungsmaßnahmen- und Projekte enthält.

Gemeinnütziges Engagement braucht finanzielle und ideelle Unterstützung. Diese wird derzeit größtenteils durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bereitgestellt. Art und Umfang der Förderungen hängen damit maßgeblich von Etatentscheidungen ab, die auf Bundesebene getroffen werden. Deshalb schlagen wir vor, das Bundesprogramm durch einen Ableger auf Landesebene zu ergänzen. So können bestehende Lücken geschlossen und die Demokratieförderung in Bayern längerfristig abgesichert werden.

Bayern verfügt über ein breites Angebot an zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für die Interessen unterschiedlicher benachteiligter Gruppen stark machen und in Fällen von Diskriminierung Hilfe leisten. Der Zugang zu diesen Angeboten ist jedoch durch einen Mangel an Information eingeschränkt. Derzeit fehlt es an einer Plattform, die gebündelt aufzeigt, wo in Bayern entsprechende Stellen zu finden sind. Deshalb schlagen wir einen mehrsprachigen, digitalen und gedruckten Ratgeber vor, in dem alle in Bayern aktiven, staatlichen wie auch privaten Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich Antidiskriminierung erfasst sind.

Bei der LADS würde es sich um eine neu eingerichtete Stelle handeln, deren Existenz und Tätigkeitsschwerpunkte erst bekannt gemacht werden müssen. Ihre Reichweite ist eine Voraussetzung für die Effektivität der LADS. Wir möchten sichergehen, dass die neu geschaffenen Angebote überall dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Deshalb fordern wir gleichzeitig mit der Einrichtung der Stelle den Start einer breiten Informationskampagne zu deren Arbeit.

Beratungsstellen erhalten im Rahmen ihrer Arbeit sehr konkrete Einblicke in Diskriminierungssituationen, wie sie von Bürgerinnen und Bürgern erlebt werden. Sie erfahren, wo Diskriminierung stattfindet, von wem sie ausgeht und auf welche Merkmale sie sich bezieht. Dieses Wissen ist für die weitere Ausgestaltung der Antidiskriminierungsarbeit essenziell, da es deutlich macht, wo Schutzlücken liegen und wie stark Diskriminierung auftritt. Umso wichtiger ist es, die Beratungsdaten statistisch zu erfassen.

Die Mitte-Studien werden im zwei Jahres Rhythmus von der Universität Leipzig und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt bzw. herausgegeben. Beide Studien untersuchen anhand von Befragungen die Verbreitung menschenfeindlicher und autoritärer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Sie sind damit eine Art Frühwarnsystem für das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie in Deutschland. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ließ im Jahr 2014 die Ergebnisse der Leipziger Mitte-Studie speziell für Bayern auswerten, um sich ein genaues Bild zur Situation im Freistaat machen zu können. Wir fordern nun die regelmäßige (Dreijahresturnus) Durchführung einer bayerischen Mitte-Studie.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/18715

**Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit I - Handlungsübergreifende Maßnahmen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Eva Lettenbauer**
Mitberichterstatter: **Matthias Enghuber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 2. Dezember 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: kein VotumAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/18715, 18/19846

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit I – Handlungsübergreifende Maßnahmen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Hause. Gegenstimmen? – Keine. Die fraktionslosen Abgeordneten sind nicht anwesend. Deshalb haben wir auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Situation der Pflegefamilien in Bayern
 Drs. 18/17207, 18/20131 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bayerischer Bürgerinnen- und Bürgerrat Klima
 Drs. 18/18132, 18/20111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zehn innovative Windkraft-Pilotprojekte für verbesserten Vogelschutz
Drs. 18/18379, 18/20112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV:
Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren
Drs. 18/18701, 18/19525 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen V:
Wertschätzung des Engagements von Kindern und Jugendlichen
Drs. 18/18702, 18/20087 (ENTH)

auf Antrag der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit III –
Bereichsspezifische Maßnahmen: Verwaltung
Drs. 18/18717, 18/19907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit IV –
Bereichsspezifische Maßnahmen: Beschäftigung
Drs. 18/18718, 18/19847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit V –
Bereichsspezifische Maßnahmen: Flucht und Migration
Drs. 18/18719, 18/20117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VI –
Bereichsspezifische Maßnahmen: Soziales
Drs. 18/18720, 18/20088 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VII –
Bereichsspezifische Maßnahmen: Polizei
Drs. 18/18721, 18/20061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VIII –
Bereichsspezifische Maßnahmen: Justiz
Drs. 18/18722, 18/20118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

